

## **6 Fragestunde**

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr:**

Das war es heute auch schon mit den Mitteilungen. Wir kommen jetzt zur Fragestunde. Es ist 13.17 Uhr, und ich darf Frau Gemeinderätin Aygan-Romaner bitten, die Frage an Herrn Stadtrat Günter Riegler zu stellen.

***Beginn Fragestunde: 13.17 Uhr.***

### **6.1 Frage 1: Einbeziehung der Kulturschaffenden und der Grazer Bevölkerung in die Veranstaltungen rund um das Jubiläum „20 Jahre Kulturstadt Europas“ (GR<sup>in</sup> DI<sup>in</sup> Aygan-Romaner, Grüne an StR Dr. Riegler, ÖVP)**

GR<sup>in</sup> DI<sup>in</sup> **Aygan-Romaner:**

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleg:innen, liebe Zuschauerinnen auf der Galerie und online, liebe Bürgermeisterin. Meine Frage richtet sich heute an Herrn Stadtrat Riegler. Es geht um die Jubiläumsveranstaltungen zum Jahr Kulturhauptstadt Graz, das 2003 stattgefunden hat. Sie haben in letzter Zeit, oder in den letzten Wochen, zu einer Veranstaltung am 27. Jänner, also nächste Woche, eingeladen, um diesen wichtigen Tag, das Jahr 2003 nachzubesprechen, darüber zu reden, was gut gelaufen ist und was wir daraus gelernt haben. Dieses Jahr war sehr, sehr wichtig für Graz, weil das ein sogenanntes, oder ich sage immer, das war ein Boosterjahr, weil sich sehr, sehr viel geändert hat in dieser Zeit, weil sich der Blick auf die Kultur und die Kulturschaffenden geändert hat und sehr viele Menschen von der Bevölkerung auch miteingebunden waren, weil ja doch Kunst im öffentlichen Raum der Schwerpunkt war. Ich finde, dass Sie zu so einer Auftaktveranstaltung einladen, natürlich großartig, und ich komme auch, ich bin ja auch eingeladen. Nur, ich habe da eben eine Frage. Es sind ja doch sehr viele Kulturschaffende in dieser Zeit einbezogen gewesen. Es waren über 100 Projekte, 6.000 Veranstaltungen über ein Budget von 59,12 Millionen und fast 3 Millionen, also 2.855.000, Besucher:innen in diesem Jahr, also wirklich beachtenswert. Meine

### **Frage**

zielt aber darauf hinaus, wer denn zu diesen Veranstaltungen eingeladen wird. Werden das auch die Kulturschaffenden in ihrer Gesamtheit sein? Weil bei dieser Auftaktveranstaltung, was ich so gesehen habe aus der Gästeliste, ist von den Kulturschaffenden und von den Mitarbeitern, Mitarbeiter:innen damals, nicht viel die Rede, sondern das sind im Prinzip die Verantwortlichen, die damals die Kulturjahr 2003 GesmbH gegründet haben. Wie ist das geplant nach dieser Auftaktveranstaltung, wird die Grazer Bevölkerung miteinbezogen, wie wird sie einbezogen und wie werden die Veranstaltungsdiskussionen rund um das Jubiläumsjahr weitergehen (Appl.)?

#### **Originaltext der Frage:**

*Der 28.5.1998 war ein wichtiger Tag für Graz, an diesem Tag wurde unserer Stadt das Projekt „Kulturstadt Europas“ für 2003 zuerkannt. Mit insgesamt 59,12 Mio. Euro wurden im Kulturjahr 2003 über 100 Projekte mit 6.000 Veranstaltungen realisiert und 2.855.000 Besucher:innen gezählt.*

*Nun sind 20 Jahre vergangen, seit Graz Kulturhauptstadt Europas war. Anlässlich dieses Jubiläums laden Sie am 27. Jänner zu einer Veranstaltung und Gesprächsrunde der „ehemalige Programmverantwortlichen und heutigen Verantwortungsträger:innen auf die Murinsel ein (die Murinsel war übrigens laut Rechnungshofbericht vom 17.5.2005 das größte Projekt im Budget für die Kulturstadt), um den Fragen, „Was hat Graz 03 gebracht?“ und "Wie wirkt das Kulturhauptstadtjahr weiter?“, nachzugehen. 20 Jahre nach diesem so wichtigen „Boosterjahr“ für Graz sollen wir auf jeden Fall darüber reden, was geblieben ist, welche Entwicklungen angestoßen wurden und wo wir jetzt stehen. Im Kulturhauptstadtjahr waren viele große und kleine Kultureinrichtungen und viele Kulturschaffende aus unterschiedlichsten Sparten aktiv und involviert. Und Graz 2003 hat stark auf Kulturvermittlung gesetzt, Kunst sollte „in die Breite getragen*

*werden“. Unter diesem Aspekt stelle ich im Zusammenhang mit dem 20 Jahr-Jubiläum daher folgende*

**Frage:**

*Wie werden die im Rahmen der Kulturhauptstadt 2003 aktiven Kulturschaffenden sowie die Grazer Bevölkerung in die Veranstaltungen und Diskussionen rund um das Jubiläumsjahr einbezogen?*

**StR Dr. Riegler:**

Danke, da freue ich mich sehr über diese Frage. Also ich freue mich jedes Mal, wenn wir hier in diesem Rahmen, im Gemeinderat, über Fragen der Kulturpolitik reden, was ohnedies viel zu selten ist. Wir sind eine Kulturnation, wir haben ein Weltkulturerbe, wir sind immer sehr stolz darauf auf Österreich, auf Europa, auf die Steiermark, auf Graz, mit unseren künstlerischen, kulturellen Leistungen und Errungenschaften. Und dementsprechend sollte es eben nicht nur ein Lippenbekenntnis sein in Festreden, wo wir uns zur Kulturnation bekennen, sondern wir sollten tunlichst eben auch tatsächlich Geld investieren und Ressourcen investieren, Mittel freimachen und eben auch in durchaus regelmäßigen Abständen auch vielleicht Sondermittel für Kultur freimachen. Keine Sorge, ich will jetzt nicht wieder zur Budgetdiskussion der letzten Monate, in denen wir ja darüber gesprochen haben, dass leider Gottes für das heurige und für das kommende Jahr die Budgetmittel eingefroren worden sind. Ich habe vor, oder sagen wir so, ich möchte darauf verweisen, dass sowohl das Kulturhauptstadtjahr 2003 als auch das Kulturjahr 2020/2021 sich mit den grundlegenden gesellschaftlichen Fragestellungen befasst hat, mit den Herausforderungen für unsere Gesellschaft. Ich erinnere mich daran, dass beim Kulturhauptstadtjahr der Interreligiöse Dialog, die Rolle von Graz als Schnittstelle zu Südosteuropa behandelt wurde. Es wurden viele gesellschaftliche Fragen abgehandelt und das war auch beim Kulturjahr 2020/2021 so. Beides hat, glaube ich, gleichermaßen großes Lob bekommen. Und daher ist das auch

mit Hinblick auf 2028 sehr wichtig und da hoffe ich, dass wir da einen Schulterschluss schaffen, wir alle hier gemeinsam im Gemeinderat, dass wir dann auch für 2028 für die 900-Jahr-Feier von Graz einen kulturellen Schwerpunkt schaffen. Zur Veranstaltung jetzt, kommende Woche. Da war eigentlich der Gedanke ein relativ simpler: Wir haben, Dank eingefahrener Budgets kaum Geldmittel, und schon gar nicht für großartige Riesenveranstaltungen, so wie es die Eröffnung des Kulturhauptstadtjahres damals im Jahr 2003 war. Ich wollte aber unbedingt anlässlich des 20-jährigen Bestehens der Murinsel, also der Insel in der Mur, die wurde ja in diesen Tagen oder vor wenigen Tagen vor 20 Jahren zu Wasser gelassen. Da gibt es auch eine Fotodokumentation, die wir am 27. wieder zu sehen bekommen werden. Ich wollte einfach aus diesem Anlass eine Veranstaltung auf der Murinsel machen, wo wir einerseits ganz kurz ein bisschen zurückblicken; aber den wesentlichen Teil dieser Veranstaltung wollen wir eigentlich vorausblicken auf die Gegenwart, auf die Errungenschaften und auf die zukünftigen kulturpolitischen Herausforderungen. Wir sind die Liste aller durchgegangen, die seinerzeit am Kulturhauptstadtjahr teilgenommen haben. Wir haben viele eingeladen, manche von ihnen sind ja leider schon verstorben, wie zum Beispiel der Helmut Strobl, oder manche Akteure sind nicht mehr erreichbar, auch Vito Acconci nicht mehr. Doch wir haben also uns nach Kräften bemüht, wirklich alle Protagonisten aller wesentlichen Projekte und Kuratorinnen und Kuratoren und natürlich auch Sie, sehr geehrte Damen und Herren vom Gemeinderat, einzuladen, dennoch muss ich bitten, es ist halt einfach nicht mehr Platz auf der Murinsel als für ungefähr 100/110 Personen. Wir werden also diese Veranstaltung dort eher einmal als eine Diskussionsveranstaltung verstanden wissen wollen. Es wird auch eine kleine Lichtperformance geben. Aber es wird das ganze Jahr 2023 hindurch von den einzelnen Institutionen, die damals geschaffen wurden, wie zum Beispiel das Literaturhaus, das Kunsthaus, Kindermuseum, wird es laufend ein Veranstaltungsprogramm geben, und da wird es zahlreiche Gelegenheiten für die Bevölkerung geben, dass die Bevölkerung auch daran teilnimmt. Bei dieser Veranstaltung auf der Murinsel gibt es halt eine Einladungsliste und da ist halt nicht

mehr als für 100 Leute Platz. Es wird allerdings auch eine Aufzeichnung und einen Stream dazu geben (*Appl.*).

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Dankeschön. Ich darf nur bitten, wir müssen wirklich ein bisschen auf die Zeit achten. Ich bin immer sehr tolerant in den letzten Sitzungen gewesen. Das gilt für alle.

**GR<sup>in</sup> DI<sup>in</sup> Aygan-Romaner:**

Ich habe tatsächlich keine Frage nach dem Budget gestellt, aber danke trotzdem für die Beantwortung. Also die Bevölkerung, was ich so höre, wird, wenn sie davon erfährt, einbezogen werden. Welche Veranstaltungen genau das jetzt sein werden, das haben Sie mir jetzt nicht beantwortet. Aber meine Zusatzfrage, ich weiß zum Beispiel, dass 150 Mitarbeiter:innen im Juni, Ende Juni eine eigene Veranstaltung und ein eigenes Zusammenkommen planen, weil sie nicht direkt eingeladen wurden. Wissen Sie darüber und möchten Sie da Teil dessen sein oder diese Veranstaltung auch mitplanen (*Appl.*)?

**StR Dr. Riegler:**

Ich habe jetzt die Zusatzfrage nicht genau verstanden, aber reden wir nachher. Aber ich bin selbstverständlich immer gerne überall dabei. Im Übrigen darf ich darauf verweisen, dass wir ...

*Zwischenruf GR<sup>in</sup> DI<sup>in</sup> Aygan-Romaner: Was genau haben Sie nicht verstanden?*

StR Dr. **Riegler**:

Weil Sie gesagt haben, es gibt im Juni von 150 Mitarbeitern ...

*Zwischenruf GR<sup>in</sup> DI<sup>in</sup> **Aygan-Romaner**: Mitarbeiter:innen damals, Kulturhauptstadt 2003, die da mitgearbeitet haben organisatorisch.*

StR Dr. **Riegler**:

Also wir haben nach Kräften Leute, also wirklich alle Leute, eingeladen, die damals mitgewirkt haben. Im Übrigen darf ich noch berichtet, dass es morgen eine Pressekonferenz der Frau Hribernik als neuer Geschäftsführerin und Intendantin des Kunsthauses geben wird, wo eben auch das Jahresprogramm vorgestellt werden wird, und es wird gerade im Kunsthaus auch einige Programmpunkte geben, die auf das Jahr 2003 Bezug nehmen (*Appl.*).

## **6.2 Frage 2: Teilzeit-Beschäftigungsverhältnisse im Haus Graz (GR<sup>in</sup> Robosch, SPÖ an StR Eber, KPÖ)**

GR<sup>in</sup> **Robosch**:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuseher:innen im Livestream und vor Ort. Meine Frage bezieht sich heute auf das Thema die Teilzeitfalle. Es ist ein Thema, das uns sicher alle schon öfter hier und auch generell in unserem Leben beschäftigt hat. Es beschäftigt auch sehr viele Menschen, die in dieser Teilzeitfalle feststecken. Das heißt, in atypischen Teilzeit- oder geringfügigen Arbeitsverhältnissen sind und daraus über längere Zeit nicht auf Vollzeit aufsteigen können und sich dadurch eben mit einem geringeren Verdienst auf dem Weg in die Altersarmut befinden. Das ist eine Tatsache, die vor allem auch Frauen betrifft, und ich habe auch den

Beschäftigungsgradbericht vom Haus Graz, vom gesamten Haus Graz, mit, wo man ganz klar sehen kann, dass in allen Bereichen des Hauses Graz, des Magistrates, Holding und auch in den Shared Services bei Männern überall weit über 90 % Beschäftigungsgrad erreicht wird und bei Frauen nirgends über 90 % Beschäftigungsgrad erreicht wird. Und vor allem auch bei den Shared Services ist es besonders extrem, da sind wir bei nur knapp über 60 % Beschäftigungsgrad bei Frauen. Dessen bewusst, dass das ein Problem ist, sind wir uns, glaube ich, alle. Und deswegen stelle ich heute meine

**Frage**

an dich, lieber Herr Personalstadtrat, lieber Manfred:  
Welche Maßnahmen sind deinerseits geplant, um die Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse im Haus Graz dort, wo dies seitens der betroffenen Mitarbeiter:innen erwünscht wird, zu reduzieren, damit über ein erhöhtes Beschäftigungsausmaß der Teilzeitfalle und somit der Altersarmut, von der überwiegend Frauen betroffen sind, begegnet werden kann (*Appl.*)?

**Originaltext der Frage:**

*Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, die*

**Frage:**

*Welche Maßnahmen sind deinerseits geplant, um die Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse im Haus Graz dort, wo dies seitens der betroffenen Mitarbeiter:innen erwünscht wird, zu reduzieren, damit über ein erhöhtes Beschäftigungsausmaß der Teilzeitfalle und somit der Altersarmut, von der überwiegend Frauen betroffen sind, begegnet werden kann?*

**StR Eber:**

Vielen Dank, liebe Anna, für die Frage. Es ist wirklich auch mir ein sehr wichtiges Anliegen. Die Problematik hast du schon bisschen aufgezeigt, ich möchte vielleicht nur eine Zahl ergänzen. Alleine im Bereich der ASVG-Pensionisten und -Pensionistinnen ist es so, dass Frauen in dem Bereich eine Pension beziehen, die rund 1.000 Euro niedriger ist als jene von Männern. Hat natürlich damit zu tun, dass Frauen oft einmal durch Kinderbetreuungszeiten weniger Jahre zusammenbekommen, die hier relevant sind, aber natürlich ist auch die Teilzeit da ein wesentlicher Treiber für diese Schere, die da auseinandergeht. Wichtig in dem Zusammenhang zunächst einmal, ich habe mir jetzt drei Bereiche im Wesentlichen kurz angeschaut zur Vorbereitung, beim Magistrat, Holding Graz und GBG. Bei der Holding ist es so, dass von den rund 2.270 Mitarbeiter:innen derzeit nur 158 in Teilzeit sind und das im Wesentlichen auf eigenen Wunsch. Das sind Eltern, Wiedereingliederungs-, Alters- oder eben sonstige Teilzeit. Im Prinzip ist es im Bereich der Holding möglich, wenn jemand dort den Wunsch äußert, Stunden aufzustocken oder eben vollzeitbeschäftigt zu werden, dass diese Wünsche auch erfüllt werden können. Wo wir Probleme haben, sind im Wesentlichen zwei Bereiche, das ist die Kinderbetreuung und der Bereich der Reinigung bei der GBG und bei den Shared Services. Bei der GBG wurden beziehungsweise werden zurzeit Schritte umgesetzt, um eben auch mehr in Vollzeit zu kommen. So ist es beispielsweise so, dass bereits 20 Objekte, die von der GBG betreut werden, auf Tagesreinigung umgestellt haben, unter anderem ja auch das Rathaus und größtenteils oder teilweise zumindest auch das Amtshaus. Es sollen noch einige Objekte bis Ende des Jahres dazukommen; auch im Bereich der Schulen, der Volksschulen, gibt es ein Pilotprojekt zur Einführung der Tagesreinigung. Und auch bisherige Fremdvergaben sollen wieder verstärkt von Mitarbeiter:innen der GBG erledigt werden, beispielsweise Fensterreinigung oder auch im Bereich der öffentlichen WC-Anlagen. Wichtig in dem Zusammenhang ist auch, dass die GBG interne Höherqualifizierungsmaßnahmen macht, wo ich glaube, ich habe die Zahl nicht aufgeschrieben, aber ich glaube, 28 vorwiegend Frauen, die es bereits in Anspruch genommen haben und damit auch die Möglichkeit haben, einerseits besser zu verdienen sozusagen und andererseits eben auch sich leichter tun, zu

Vollzeitbeschäftigungen zu kommen. Was hier mir persönlich auch noch wichtig ist, bei der Umstellung auf die Tagesreinigung kommt es ja auch dazu, dass das natürlich auch gesundheitliche Aspekte für die Beschäftigten dort beinhaltet. Das bedeutet, dass Nacharbeit ja oft sehr schädlich ist natürlich, und es ist aber auch mehr Sichtbarkeit und mehr Anerkennung für die Mitarbeiter:innen da und deswegen möchte ich auch an dieser Stelle ausdrücklich danken den Mitarbeiter:innen für ihre wichtige und gute Arbeit. Sie sorgen dafür, dass in unserer Stadt jeden Tag auf rund 16.000 m<sup>2</sup> für Sauberkeit gesorgt wird (*Appl.*).

Zuletzt noch ganz kurz zum Thema Kinderbetreuung: Vor allem aufgrund der aktuellen Förderbestimmungen des Landes sind Vollzeitbeschäftigungen hier nicht flächendeckend möglich. Einen ersten großen Erfolg haben wir ja im Herbst des Vorjahres erzielt. Wir haben 54 neue Vollzeitäquivalente durch die Überschneidungsstunden in der Mittagszeit anbieten können, was natürlich vor allem dazu geführt hat, dass vor allem bei den Kindergartenpädagog:innen Vollzeitwünsche erfüllt werden konnten und auch bei den Kinderbetreuer:innen zum Teil. Und wir haben bei den Betreuer:innen mit Stand Dezember 2022 noch rund 60 offene Wünsche und da hoffen wir natürlich auch, dass wir, wenn möglich, ab Herbst dann hier ein weiteres Paket sozusagen machen können, wo wir diese Wünsche dann auch tatsächlich erfüllen können. Danke (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Robosch:**

Ich habe eine Zusatzfrage, aber ich möchte es mir nicht entgehen lassen, auch an dieser Stelle noch zu sagen, dass es mir enorm wichtig ist, dass wir uns da bedanken für diese Dienste, die da geleistet werden, weil das sind Dienste, auf die wir als Gesellschaft und als Stadt nicht verzichten können. Aber leider sind es auch vor allem Bereiche, die vorwiegend von Frauen ausgeübt werden, auf die wir nie verzichten könnten, diese aber trotzdem schlecht entlohnt werden und schlechte Arbeitszeitverhältnisse haben. Deswegen, über die Kinderbetreuungsarbeitszeitverhältnisse, über die Verbesserungen dort war mir

bewusst, meine Zusatzfrage bezieht sich auf den Bereich Reinigung und da hätte ich gerne gefragt, inwieweit das Beschäftigungsausmaß durch diese Maßnahme, die du beschrieben hast, angehoben werden kann, in welchem Ausmaß (*Appl.*)?

**StR Eber:**

Kann ich jetzt nicht sagen, werde ich aber sehr gerne die Zahlen erheben und dir zukommen lassen. Gerne (*Appl.*).

**6.3 Frage 3: Grazer Stadtwald  
(GR<sup>in</sup> Reininghaus, Neos an Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner, Grüne)**

**GR<sup>in</sup> Reininghaus:**

Hoher Stadtsenat, geschätzte Kollegen und Kolleginnen, liebe Gäste auf dem Balkon und liebe Gäste zuhause am Livestream. Meine Frage richtet sich heute an die Vizebürgermeisterin, die Frau Mag. Schwentner, und es geht um die Schaffung von mehr Grünflächen in Graz. Im November 2021 hat die damals neue Grazer Koalition in ihrem Arbeitsprogramm den Kurs bis 2026 festgelegt. Ich bin auch dankbar dafür, dass in diesem Arbeitsprogramm die Stadtkoalition natürlich unter vielen anderen Aspekten den Klimaschutz zur besonderen Priorität für die Stadt Graz bezeichnet hat, aber auch die Klimakrise als die größte Herausforderung unserer Zeit. Weil die Klimakrise schließlich nicht nur ökologische, sondern auch soziale Fragen aufwirft, ist es auch wichtig, dass die Lebensqualität vor unserer Haustür, die Wirtschaft und die Zukunft unserer Kinder nicht gefährdet sind. Dazu sind sie mit dem Ziel angetreten, jährlich 1 Million Euro zu investieren, und zwar in die Erweiterung von Grünräumen und so lautet einer ihrer strategischen Arbeitsschwerpunkte, zum Wohle des Klimas in Graz eben täglich einen Baum zu setzen. Ja, schönes Vorhaben. Schauen wir einmal, was wirklich daraus geworden ist aus diesem Vorhaben. Ich bin total erfreut, denn es

wurden tatsächlich im letzten Jahr nicht 365 Bäume, sondern 454 neue Bäume an neuen Standorten gepflanzt. Vielen Dank dafür, ich glaube, jeder Grazer ist darüber froh (*Appl.*).

Aber weitere 340 alte Bäume wurden auch noch ersetzt durch neue, gesündere Bäume. Also in dieser Hinsicht hat die Stadtregierung ihr Wahlversprechen nicht nur eingehalten, sondern sogar weit überschritten. Und herzlichen Dank dafür noch einmal, auch Lob muss einmal sein (*Appl.*).

Aber Sie rechnen eh damit, dass da noch ein Aber kommt. Aber ein anderes Versprechen steht noch aus, nämlich für die Grazerinnen und Grazer der sogenannte kleine Stadtwald. Und geht es nach Ihnen, Frau Vizebürgermeisterin, sollen sich auch engagierte Leute einbringen können, was den Stadtwald in Graz betrifft. Nachdem jeder einzelne Baum für den Klimaschutz sowie für die Luft- und Lebensqualität in Graz enorm wichtig ist, stelle ich gemäß § 16 der Geschäftsordnung des Grazer Gemeinderates folgende Frage, eine ganz kurze

**Frage:**

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin Schwentner, in welchem Areal in welcher Größe soll die von Ihnen propagierte Vision des kleinen Grazer Stadtwaldes örtlich angesiedelt werden (*Appl.*)?

**Originaltext der Frage:**

*Am 13.11.2021 präsentierte die damals neue Grazer Koalition in ihrem Arbeitsprogramm<sup>1</sup> ihren Kurs bis 2026. In ihrem Arbeitsprogramm erklärte die Stadtkoalition den Klimaschutz zur besonderen Priorität für die Stadt und bezeichnete die Klimakrise als die größte Herausforderung unserer Zeit. Die Klimakrise werfe schließlich nicht nur ökologische, sondern auch soziale Fragen auf, weil sie die*

---

<sup>1</sup> <https://b.ds.at/2021/11/13/Grazer-Regierungsprogramm-der-KPOe-Gruenen-SPOe-Koalition.pdf>

*Lebensqualität vor unserer Haustüre bestimme, die Wirtschaft beeinflusse und die Zukunft unserer Kinder gefährde. Mit dem Ziel, die Lebensqualität in Graz deutlich zu verbessern, nahm sich die Stadtregierung in ihrem Arbeitsprogramm vor, jährlich 1 Million Euro<sup>2</sup> in die Erweiterung von Grünräumen zu investieren. So lautete beispielsweise einer ihrer strategischen Arbeitsschwerpunkte, täglich einen Baum zu setzen. Unter Bezugnahme auf einen Artikel in der Kleinen Zeitung vom 10.1.2023<sup>3</sup> wurden letztes Jahr in Graz 454 neue Bäume an neuen Standorten gepflanzt. Weitere 340 alte Bäume wurden weitgehend nach dem „Schwammstadt-Prinzip“ ersetzt. Mehr als 100 der Neupflanzungen befinden sich im Reininghauspark, andere an Straßen, bei Haltestellen und Spielplätzen. In dieser Hinsicht hat die Stadtregierung ihr Wahlversprechen sogar weit überschritten, ein anderes Wahlversprechen für die Grazerinnen und Grazer steht jedoch noch aus: der kleine Stadtwald.*

*Nachdem jeder einzelne Baum für den Klimaschutz sowie für die Luft- u. Lebensqualität in Graz enorm wichtig ist, stelle ich gemäß § 16a der Geschäftsordnung des Grazer Gemeinderats folgende*

**Frage:**

*Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin Schwentner,  
in welchem Areal welcher Größe soll die von Ihnen propagierte Vision des „kleinen Grazer Stadtwaldes“ örtlich angesiedelt werden?*

---

<sup>2</sup> Arbeitsprogramm, strategische Aufgabenschwerpunkte GRÜNRAUM, Vorschlag 5

<sup>3</sup> [https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/6236368/Grazer-Baumbilanz\\_454-neue-Baeume-an-neuen-Standorten-aber-noch](https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/6236368/Grazer-Baumbilanz_454-neue-Baeume-an-neuen-Standorten-aber-noch)

Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner:**

Danke, Frau Gemeinderätin, zuerst einmal für das Lob beziehungsweise die Anerkennung, dass da was geschafft wurde. Das kann ich auch gleich weitergeben an die Abteilung Grünraum, der Herr Abteilungsleiter Wiener ist da, und die vielen engagierten Mitarbeiter:innen, die die Bäume dann pflanzen, manchmal darf ich dabei sein, aber im Grunde macht die Arbeit jemand anderer, aber wir freuen uns darüber, danke (*Appl.*).

Da ist wirklich viel gelungen, und ich freue mich auch über die schöne Frage, weil ja dann weitere 13 von 22 Fragen heute eher monothematisch ausfallen, und der Beitrag zum Klimaschutz, nämlich den Grünraum zu erweitern, Bäume zu setzen und nach Möglichkeit auch ein Stadtwäldchen mir wirklich ein Anliegen ist, nämlich ein Herzensanliegen. Wir haben das gemeinsam beschlossen und wir sind jetzt, und deswegen kann ich noch keinen konkreten Ort nennen, wir sind jetzt in der Überprüfung, welche Liegenschaften möglich wären dafür, einen kleinen Stadtwald zu pflanzen. Die Abteilung Grünraum prüft das mit der Abteilung für Immobilien. Da sind ein paar Flächen in Diskussion, es gibt auch vom ehemaligen Naturschutzbeauftragten eine Idee, also es steht viel im Raum und ich kann nur versichern, dass wir genauso, wie wir sozusagen das Bäumepflanzen auch in diesem Jahr fortsetzen werden, da nach intensiver Prüfung hoffentlich dann auch den Ort finden und dann auch wissen, wie das finanziert werden kann. Möglicherweise unter Beteiligung von Bürger:innen, aber das ist noch offen und ich werde das sobald als möglich dann auch dem Gemeinderat mitteilen (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> **Reininghaus:**

Die Zusatzfrage wäre gewesen: Wie wollen Sie denn die Grazer und Grazerinnen, die da jetzt willig sind, was beizutragen, überhaupt einbinden (*Appl.*)?

Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner:**

Also wir wissen, es gibt eine Gruppe von Bürger:innen, die Interesse hat an einer Form der Bürger:innenbeteiligung, was die Finanzierung betrifft. Die Frage ist wirklich, wie schaut das aus und was kann die Stadt Graz hier beitragen, und es wird Teil auch unserer Budgetgespräche sein, welche Formen da denkbar sind. Deswegen kann ich dem nicht vorgreifen, dem Prozess. Grundsätzlich wissen wir, dass es Modelle gibt auch in anderen Städten, und ich finde das durchaus interessant und verfolgenswert, zu schauen, was da möglich ist. Aber es ist ein Prozess. Aber danke für das Nachfragen und es ist ja wirklich eine Anregung für uns, dran zu bleiben. Danke (*Appl.*).

**6.4 Frage 4: WIKI-KBBE Johanna-Kollegger-Straße  
(GR<sup>in</sup> Naghibi, KPÖ an StR Hohensinner, MBA, ÖVP)**

GR<sup>in</sup> **Naghibi:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, Vizebürgermeisterin, Kollegen und Kolleginnen, sehr geehrtes Publikum in der Galerie und via Livestream. Meine Frage richtet sich an Bildungstadtrat Kurt Hohensinner und es geht im Folgenden um die Kinderkrippe und die Kindergärten vom WIKI in der Johanna-Kollegger-Straße. Mitte Dezember des letzten Jahres wurden die Eltern dieser betroffenen Kinder per E-Mail vom WIKI informiert, dass die Einrichtung als solche, also die Bildungsstätte, nur noch bis 8. September des Folgejahres offen sein wird und dann aufgrund von massiven Schäden im Rohr- und Kanalsystem aufgrund einer Totalsanierung geschlossen werden wird. Man hat den Eltern dann in Aussicht gestellt eine Alternative, eine andere WIKI-Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtung in der Waagner-Biro-Straße, und auch in Aussicht gestellt, dass sie, wenn sie die Aufnahmekriterien für diese Bildungsstätten erfüllen, einen bevorzugten Platz bekommen würden. Man muss aber sagen, dass diese ganze Information sehr überraschend kann, sehr kurzfristig, also gerade einmal einen Monat vor Verstreichung der Voranmeldefrist für eine solche

Anmeldung. Und man hat auch mit dem Team, also mit den pädagogischen Teams der Einrichtung, nicht ausreichend kommuniziert, die wussten das nämlich erst nach den Eltern. Und jetzt nach all dem bleibt für die Eltern sehr, sehr viel unklar, natürlich. Also sie sind mit sehr vielen Sorgen konfrontiert, wirtschaftlicher Hinsicht, sozialer Hinsicht, aber natürlich auch in pädagogischer Hinsicht, also was das für die Kinder bedeutet. Und es gibt ja auch keine Garantie, dass nach dieser Totalsanierung diese Kinderbildungs- und Betreuungsstätte wieder aufgemacht wird als solche. Und daher die

### **Frage**

an dich, lieber Kurt Hohensinner:

Wie willst du mit diesen Herausforderungen in Bezug auf die beabsichtigten Schließungen der soeben genannten Gruppen zum Wohle der Kinder, Eltern und der pädagogischen Teams umgehen (*Appl.*)?

### ***Originaltext der Frage:***

*Mitte Dezember 2022 wurden Eltern von Kindern in der WIKI Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtung Johanna-Kollegger-Straße per Email darüber informiert, dass aufgrund von schwerwiegenden Problemen in den Rohr- und Kanalsystemen des Gebäudes eine Totalsanierung notwendig ist und der letzte offizielle Betriebstag der Kindergarten- beziehungsweise Kinderkrippengruppe ihres Kindes der 8.9.2023 sein wird. Als Alternative für das kommende Kinderbildungs- und -betreuungsjahr wurde den Eltern die WIKI-KBBE in der Wagner-Biro-Straße angeboten, bei der sie bevorzugt aufgenommen werden würden, sofern sie die Aufnahmekriterien für solche elementaren Bildungsstätten bei der Voranmeldung ihres Kindes für einen Platz am neuen Standort erfüllen.*

*Dazu muss man sagen, dass die Vormerkfrist für das bevorstehende Kinderbildungs- und -betreuungsjahr zu dem Zeitpunkt, als die Eltern mit dieser Hiobsbotschaft konfrontiert wurden, gerade mal 34 Tage entfernt war.*

*Weiters wurde den Eltern von WIKI mitgeteilt, dass das gesamte Kindergartenteam mit zum neuen Standort wechseln wird. Wohl gemerkt, ohne mit dem pädagogischen Team vor Ort ausreichend darüber zu kommunizieren. Denn in der besagten Email bleibt u.a. unklar, welche Entscheidungen in Bezug auf die pädagogischen Teams der anderen Gruppen – darunter zwei Kinderkrippengruppen – getroffen werden.*

*Vom ABI-Servicecenter habe ich die Auskunft erhalten, dass es keine Garantie gibt, dass WIKI nach der Totalsanierung die elementarpädagogische Arbeit der KBBE am Standort in der Johanna-Kollegger-Straße wiederaufnehmen wird, da die Immobilie im Besitz des Trägers ist und dieser keine solche Zusage gemacht hat.*

*Das von WIKI angebotene Austauschtreffen mit den Eltern zeigte dann auch, dass es für sie und ihre Kinder in Wirklichkeit keine Garantie für einen Betreuungsplatz am neuen KBBE Standort in der Waagner-Biro-Straße gibt.*

*Die betroffenen Eltern und ihre Kinder werden damit vor große soziale, wirtschaftliche und nicht zuletzt pädagogische Probleme gestellt, die es zu lösen gilt. Darum stelle ich an dich folgende*

**Frage:**

*Sehr geehrter Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner:*

*Wie willst du mit diesen Herausforderungen in Bezug auf die beabsichtigten Schließungen der oben genannten KBBE-Gruppen zum Wohle der Kinder, Eltern und der pädagogischen Teams umgehen?*

**StR Hohensinner:**

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin. Es kommt leider immer wieder vor, dass Einrichtungen schließen, aus unterschiedlichsten Gründen. Wenn das ein Träger eben

so vorsieht, nehme ich auch Kontakt auf und schaue, wie man die Einrichtung erhalten kann. Immer ist es nicht möglich und in diesem Fall hat mir WIKI zu verstehen gegeben, dass eine Sanierung an Ort und Stelle, so wie wir uns das wünschen würden, nicht möglich ist. Was die Kommunikation anbelangt, werde ich das gerne WIKI auch weitergeben. Das ist natürlich unglücklich, wenn die Pädagoginnen und Pädagogen das nach den Eltern erfahren oder vielleicht über die Medien. Ich werde das natürlich gerne weitergeben. Was aus meiner Sicht auch ganz, ganz wesentlich ist, dass die Kinder auch versorgt werden, möglichst ortsnahe. Und ich habe in der Abteilung nachgefragt, wie wir für das Betreuungsjahr 2023/2024 sowohl in der Kinderkrippe als auch im Kindergarten die Kinder versorgen können. Insgesamt möchte ich schon darauf hinweisen, dass die Situation überall angespannt ist und wir sind im letzten Jahr sehr oft zusammengesessen. Ich glaube, sehr konstruktiv und wir haben es geschafft, ein Grazer Paket auf die Spur zu bringen. Der Stadtrat Eber hat schon ausgeführt, dass wir erste Erfolge erzielen konnten, was die Übergangsstunden betrifft, die IT-Ausstattung. Also da haben wir schon einiges gemacht. Meine Bitte ist an dieser Stelle, haben wir auch schon oft hier diskutiert, dass wir auch eine monetäre Wertschätzung den Betreuer:innen und den und Pädagog:innen entgegenbringen. Und da gibt es jetzt mehrere Ansätze. Ich weiß, dass der Stadtrat Eber an einem neuen K-Schema arbeitet. Ich bekomme dann immer wieder von der Gewerkschaft rückgemeldet, dass das ein guter Ansatz ist, aber da wären jetzt nur Pädagoginnen und Pädagogen positiv betroffen und vor allem die Neueinsteiger, nicht jene, die schon länger für uns arbeiten. Und ich rede jetzt nicht nur für uns, sondern mir ist es wichtig, dass auch die Kindergartenpädagog:innen und -betreuer:innen der Trägervereine auch eine monetäre Wertschätzung bekommen. Was unser System betrifft, da müssen wir die Betreuer:innen auch mitintegrieren und auch jene, die schon länger in dem Geschäft arbeiten. Das ist eine Rückmeldung, und das müssen wir bitte wirklich ernst nehmen, weil sonst würde das gut Gemeinde vielleicht nicht wirklich gut ankommen. Wir haben schon einiges zusammengebracht. Wir schauen, dass wir die Bürokratie abbauen, dass wir neue Ausbildungswege eröffnen. Also dort, wo wir letztes Jahr aufgehört haben, engagiert, müssen wir dieses Jahr wieder Vollgas geben. Und ich

werde auch monatlich die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, also euch, informieren, welche Schritte wir setzen. Also ich glaube, dass das eine der größten Herausforderungen derzeit der Stadt Graz ist. Und meine Bitte ist, dass ihr uns da auch finanziell unterstützt. Und was die monetäre Wertschätzung betrifft, da haben wir einen Grundsatzbeschluss im Gemeinderat, dass, wenn die Sozialstaffelung in den Kinderkrippen jetzt steiermarkweit ausgerollt wird, dass wir uns rund 4 bis 5 Millionen Euro in Graz ersparen, weil wir diese Sozialstaffel bereits in Graz jahrelang haben und dass wir dieses Geld dann auch wieder für die Betreuer:innen und Pädagog:innen hernehmen können. Und vergessen dürfen wir auch nicht auf die Nachmittagsbetreuung, weil dort haben wir einen ähnlichen Engpass. Ein weiterer Punkt, die Träger klagen auch, dass wir massive Miet- und Energiesteigerungen haben, also die Kosten der Mieten und der Energiepreis klettern nach oben, und da haben wir auch eben gemeinsam, der Manfred Eber und ich, ein Treffen mit den Trägereinrichtungen gehabt und da werden wir hoffentlich bald auch dieses einmalige Unterstützungspaket dann auch zusammenbringen, dass die Träger ja wirklich wieder eine Perspektive haben, weil das ist bedrohlich. Das sind alles GmbHs, die Geschäftsführer müssen in die Zukunft kalkulieren und da müssen wir als Stadt Graz jetzt dann unterstützen. Also es wird ein Kraftakt von uns allen, dass wir diesen Bereich in die Zukunft bringen (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Naghibi:**

Ich danke erst einmal für diese ausführliche Beantwortung, also über die Beantwortung hinaus auch. Und ich sehe das auch als sehr konstruktive Zusammenarbeit, und es wird ja auch zu dem Thema am Montag einen Koalitionsausschuss geben, zu dem du eingeladen bist als Bildungstadtrat. Meine Zusatzfrage bezieht sich jetzt wieder auf die Kinderbildungs- und Betreuungsstätten, also den Ausfall solcher und zwar möchte ich dich gerne fragen: Gibt es derzeit bereits Bemühungen deinerseits, eventuelle Leerstände, wie zum Beispiel die im Mai 2021 fertiggebaute Kinderkrippe in der Annenstraße 26 oder andere Leerstände, die als

Kinderbildungs- und Betreuungstätte geeignet wären, als Ersatz in Betracht zu ziehen und vorzubereiten, weil das wäre eben eine Problemlösungsstrategie für das aktuelle Dilemma jetzt, für diese Eltern (*Appl.*).

**StR Hohensinner:**

Es gibt da Gespräche mit den Trägervereinen, wir schauen uns auch um, aber wir brauchen natürlich nicht nur die Immobilie, sondern auch das Personal.

**GR<sup>in</sup> Naghibi:**

Es sind ja zwei Kindergartengruppen und zwei Krippengruppen in der Johanna-Kollegger-Straße und die Waagner-Biro-Einrichtung, die hat nicht so viele Gruppen und meines Wissens ist jetzt ein Ausbau auch nicht unbedingt geplant. Das heißt, Personal gäbe es vielleicht sogar.

**StR Hohensinner:**

Also in erster Linie müssen wir einmal schauen, dass die Kinder untergebracht sind. In zweiter Linie, ja, dort, wo es geht, wenn zum Beispiel ein privater Träger eine Einrichtung nicht weiterführt, wir schauen überall, wo es nur geht, dass wir Kinderbetreuungseinrichtungen erhalten. Und wenn das Personal auch bereitgestellt wird, ja. Aber glaube mir, die Abteilung ist da dahinter, dort, wo es möglich ist, machen wir das, aber es braucht finanzielle Mittel, es braucht die Immobilie, aber mit den finanziellen Mittel ist die Immobilie meistens gesichert. Aber ja, die Möglichkeit, ob wir es dann betreiben können, hängt vom Personal ab.

*Zwischenruf GR<sup>in</sup> Naghibi: Ja, und ich denke, wir brauchen auch den politischen Willen, den haben wir. Und wo wir einen Willen haben, finden wir einen Weg. Also danke dir.*

**6.5 Frage 5: Erhöhung der Gebühren für Park-Ausnahmegenehmigungen für Anrainer:innen und Unternehmer:innen  
(GR Stücklschweiger, ÖVP an Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner, Grüne)**

**GR Stücklschweiger:**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher:innen im Livestream, geschätzte Stadtregierung, Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin. Sie haben am 13. Jänner in einem Pressegespräch sehr ausführlich über Ihre Projekte 2023 philosophiert. Das vergangene Jahr wurde dabei rückblickend als Jahr der Weichenstellung geschminkt und große und wichtige Schritte für die kommenden zwölf Monate angekündigt. Sehr interessant an Ihren Ausführungen in diesem Pressegespräch war allerdings, dass eine nicht unwesentliche Ankündigung, die zehn Tage vor der Auffrischung Ihrer Wahlversprechen stattgefunden hat, medial auf einmal keine Wortmeldung mehr wert gewesen ist. Am 3. Jänner hat nämlich Ihr Klubobmann, die Vermutung liegt nahe, nicht ganz mit Ihnen abgesprochen, laut verkündet, dass es eben, ich zitiere, „alleine um die Größe geht“. Ganz ohne schmutzige Hintergedanken, also Sie haben da ein besonderes Anliegen, Grazer:innen im Besitz eines Fahrzeuges ab einer gewissen Länge mit höheren Gebühren zu bestrafen. Vollkommen undifferenziert, ohne Rücksicht auf Bedürfnisse oder individuelle CO<sub>2</sub>-Bilanzen. Dass es Familien mit mehr als zwei Kindern gibt, die sich im Besitz eines größeren, vielleicht sogar rein elektrisch betriebenen Fahrzeuges befinden, dieses aber nur selten, beispielsweise für Urlaube, verwenden und sonst den öffentlichen Verkehr nutzen, das ist, zumindest bis vor zwei Stunden, vollkommen außer Acht gelassen worden. Dass Menschen mit Beeinträchtigung auf größere Fahrzeuge angewiesen sind, findet in dem Schnellschuss genauso wenig Berücksichtigung wie die Tatsache, dass Gewerbetreibende ihre Waren schlicht und ergreifend nicht mit der Straßenbahn durch die Stadt kutschieren können. Diese Ankündigung ohne Konzept hat für richtig viele Diskussionen und Protest gesorgt, vor allem in den sozialen Medien. Sogar bekennende Grün-Wählerinnen und -Wähler haben euch online darauf hinweisen müssen, dass Vorsicht geboten ist, da kleine Sportwägen bekanntlich knapp 65 Gramm mehr CO<sub>2</sub> pro Kilometer ausstoßen als die von euch generell angefeindeten SUVs. Die

Einzigsten, die euch bei dem Vorstoß wirklich bedingungslos applaudiert hätten, wären die Mitglieder der Letzten Generation gewesen, wenn sie sich nicht gerade wieder irgendwo angeklebt hätten. Frau Vizebürgermeisterin, ich kann eurer Logik, zumindest aktuell und auch nach dem aktuellen Artikel auf steiermark.orf.at, der eben vor zwei Stunden herausgekommen ist, ich kann eurer Logik einfach noch immer nicht ganz folgen. Vielleicht können Sie mir ein bisschen Licht ins Dunkle bringen und mir folgende

**Frage**

beantworten:

Bis wann ist mit der von Klubobmann Karl Dreisiebner angekündigten Erhöhung der Gebühren für Park- und Ausnahmegenehmigungen für Anrainer:innen und Unternehmer:innen nach Länge oder Gewicht des jeweiligen Kfz, und vor allem auch Familien, wie gesagt, Sie haben es jetzt korrigiert vor zwei Stunden, online in dem steiermark.orf.at-Bericht, mit Familien-Vans oder beispielsweise auch behindertengerechte Fahrzeuge betreffen werden, zu rechnen (*Appl.*)?

***Originaltext der Frage:***

*Aus gegebenem Anlass stelle ich Ihnen folgende*

***Frage:***

*Bis wann ist mit der von Klubobmann Karl Dreisiebner angekündigten Erhöhung der Gebühren für Park-Ausnahmegenehmigungen für Anrainer:innen und Unternehmer:innen nach Länge oder Gewicht des jeweiligen Kfz, die vor allem Familien mit Family-Vans oder beispielsweise auch behinderten-gerechte Fahrzeuge betreffen werden, zu rechnen?*

Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner**:

Danke, Herr Gemeinderat, für die Frage. Danke für die Möglichkeit, ein bisschen auszuholen, was das Thema Parkraumbewirtschaftung anbelangt. Schade, dass in der an mich gerichteten Frage eigentlich gar kein Motiv angegeben ist. Sie schreiben aus gegebenem Anlass, den gegebenen Anlass haben Sie jetzt mündlich offensichtlich nachgeholt. Ich frage mich, ist das Motiv die Klimakrise, ist das Motiv die Verteilungsgerechtigkeit? Die Verteilungsgerechtigkeit nicht nur, was das Finanzielle anbelangt, sondern auch das, was den Raum, den öffentlichen Raum anbelangt. Und deswegen hole ich gerne aus, auch in Richtung Wirtschaftspartei sage ich was zur Parkraumbewirtschaftung. Weil die Parkraumbewirtschaftung ist ein wichtiges Instrument, nicht nur als Einnahmequelle für die Stadt Graz, mit dem beschäftigen wir uns intensiv jetzt, was die Erhöhung der Parkgebühren möglicherweise anbelangt, aber auch sozusagen, was die Zonen-Gestaltung anbelangt. Wir wissen, dass die Stadt durch die Parkraumbewirtschaftung Geld bekommt. Die Parkraumbewirtschaftung ist aber auch ein wichtiges Instrument zur Steuerung von Verkehrsflüssen und vom Verkehrsverhalten, auch ein wichtiges Instrument zur Steuerung von Sicherheit im öffentlichen Raum. Wir wissen aus Statistiken, aus Untersuchungen, dass jeder vierte Fußverkehrsunfall dadurch passiert, weil Menschen nicht genügend Einsicht haben in dem Bereich, wo sie zu Fuß unterwegs sind und dadurch Unfälle passieren und es ist, wie Sie es auch schon richtig ausgeführt haben, ein Klimathema. Wenn die Stadt, wie wir wissen, sich unsere Städte massiv aufheizen, wir haben heute noch das Thema Zinzendorfsgasse, eine Gasse, wo auch nachgewiesen wurde mit Drohnen, wie heiß die Straße im Winter, im Sommer ist, Entschuldigung, im Winter auch mittlerweile, teilweise. Das heißt, wir haben verschiedene Themen, die da zusammenfließen, beim Thema parkende Autos, und eines davon ist natürlich die Gerechtigkeit im öffentlichen Raum, wie viel Platz verbraucht wäre. Und jetzt kommen wir zu dieser Idee, die noch nicht mehr als eine Idee ist bei uns in der Stadt, weil die Diskussionen erst beginnen. Der Herr Klubobmann hat die Idee einmal im Winter ventiliert, da hat es wenig andere Themen gegeben, deswegen wurde das intensiv aufgegriffen. Wir wissen auch, dass das ein heißes Thema ist, über das sich viele aufregen. Ich finde es auch gut, dass die

Stadt, dass die Diskussion stattfindet, weil die Diskussion eben viel mehr ist als die des einzelnen Parkplatzes, sondern eben, wie gesagt, eine Klimadiskussion, eine Verteilungsgerechtigkeitsdiskussion, eine, wie wir mit dem öffentlichen Raum in unseren Städten in Zukunft umgehen werden, damit wir gut leben können. Es geht um die Lebensqualität der Zukunft in unseren Städten. Und da spielt der ruhende Verkehr eine riesige Rolle, weil nämlich, ich nenne jetzt noch eine Zahl, 97 % des ruhenden Verkehrs gehören dem Auto, 97 %. Das heißt, da gehört noch ein bisschen was gerechter umverteilt, nämlich in Richtung Fahrräderabstellplätze, Wartehäuschen für öffentlichen Verkehr, Parkbänke. Es geht eben um die menschen- und nicht um die autogerechte Stadt. Und die menschengerechte Stadt bedeutet, es gibt Menschen, die sitzen im Auto, es gibt Menschen, die gehen zu Fuß, es gibt Menschen, die fahren mit dem Fahrrad und alles das fließt auch in die Überlegungen ein, wie wir mit parkenden Autos umgehen. So, und jetzt zur Frage, weil das wollten Sie auch noch hören: Natürlich werden wir das überlegen, da sitzt der Manfred Eber, und wir sitzen morgen mit der ARGE Parkraum, die es gibt, intensiv zusammen, mit der Verkehrsabteilung, und werden es diskutieren. Ist das eine sinnvolle Maßnahme? Das haben Freiburg und Tübingen gemacht und wir werden das einmal durchdiskutieren, welche Ausnahmen können wir schaffen, damit sie gerecht sind für Familien, und natürlich gibt es auch andere Bewertungen, wie schon jetzt auch bei den Ausnahmegenehmigungen für Unternehmen und Unternehmer:innen. Und für Menschen mit Behinderungen gibt es sowieso immer Außnahmemöglichkeiten, weil die werden nicht gleich behandelt wie alle anderen, im Gegenteil, die bekommen die Möglichkeit, billiger und sozusagen sicherer zu parken und immer einen Parkplatz zu finden. Alles das wird in der Diskussion berücksichtigt (*Appl.*).

**GR Stücklschweiger:**

Danke, Frau Vizebürgermeisterin, Sie haben aber meine Frage nicht beantwortet. Also Sie haben jetzt zwar eine sehr, sehr schöne Wahlkampfreden gehalten, die hier drinnen zwar irrelevant ist, aber wir haben doch ein paar Zuschauer. Nur meine Frage war: Bis

wann ist damit zu rechnen? Und Sie haben keinen Zeitrahmen genannt. Sie haben nur gesagt, dass Sie sich darum bemühen werden, dass Sie in Gespräche gehen werden. Aber die Frage, bis wann, ist relativ eindeutig mit einem Zeitpunkt zu beantworten, meines Erachtens.

Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner**:

Ich würde gerne um eines bitten. Das ist eine sehr intensive Debatte und wir wissen, dass diese Neuverteilung des öffentlichen Raums offensichtlich eine sehr emotionale ist. Aber, um was ich bitten würde, ich habe versucht, Ihnen schon sehr genau Motive zu erklären, warum wir diese Diskussion führen wollen und ich finde die Polemik jetzt eher billig, die Sie mir da unterstellen, ich würde hier Wahlkampfreden halten im Gemeinderat, sondern ich habe mich bemüht auszuholen, um nachvollziehbar zu machen, warum wir das diskutieren. Ich habe auch dazugesagt, wir haben morgen einen großen Termin mit dem Finanzstadtrat, mit entsprechenden Abteilungen in der ARGE Parkraum, die sich genau mit diesen Themen beschäftigt, wo wir das ganze Parkraumpaket, das jetzt vorliegt, intensiv diskutieren und dann daraus schauen, welche Maßnahmen werden kommen, die auch die Grazerinnen und Grazer betreffen. Das heißt, das wird in den nächsten Monaten passieren (*Appl.*).

*Zwischenruf GR **Stücklschweiger**: Dankeschön, das war viel mehr Antwort, sagen Sie doch einfach, Sie wissen es noch nicht genau.*

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr**:

Als nächstes ...

*Zwischenruf GR **Stücklschweiger**: Ich habe noch eine Zusatzfrage.*

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr**:

Das war schon die Zusatzfrage.

*Zwischenruf GR **Stücklschweiger**: Nein, das war keine Zusatzfrage. Ich habe lediglich korrigiert und eingegriffen. Entschuldigung.*

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr**:

Es gibt nur zwei Fragen und zwei Antworten.

*Zwischenruf GR **Stücklschweiger**: Frau Vizebürgermeisterin, Entschuldigung, dass ich hier nachfrage. Ich bin ja noch neu im Gemeinderat, nach wie vor, aber was war die Nachfrage?*

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr**:

Bitte, Sie nehmen den anderen die Zeit weg durch dieses Hin und Her.

*Zwischenruf GR **Stücklschweiger**: Ich habe nur darauf hingewiesen, dass ich keine Antwort bekommen habe.*

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr**:

Und haben dann weitergesprochen.

*Zwischenruf GR **Stücklschweiger**: Wenn ich darauf hinweise, dass ich keine Antwort bekommen habe?*

**6.6 Frage 6: Erste Erfahrungen im Förderprogramm „100 Schulen – 1.000 Chancen“ (GR<sup>in</sup> Wutte, MA, Grüne an StR Hohensinner, MBA, ÖVP)**

**GR<sup>in</sup> Wutte:**

Auch, wenn es jetzt gerade etwas turbulent war, ich glaube, es ist ja im Sinne aller Gemeinderät:innen, wenn möglichst viele in der Fragestunde drankommen können und wir uns wirklich auf die Frage und auf die Zusatzfrage beschränken. Gut, ich komme zu meiner Frage. Sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Kurt, es geht um ein Thema, wo, glaube ich, viele von euch wissen, dass es mir einfach ein sehr, sehr großes Anliegen ist und vielen von uns ein großes Anliegen ist. Und wir haben im Oktober dazu ein sehr erfreuliches Gemeinderatsstück beschlossen. Es geht um das Bundesförderprogramm „100 Schulen – 1.000 Chancen“. Diese Bundesförderung bekommen Schulen, die aufgrund soziökonomischer Faktoren besondere Herausforderungen haben. Was bedeutet das? Es gibt auf der Schule einfach mehr Kinder, wo die Eltern wenig Geld haben, wo die Eltern vielleicht keine so hohe Bildung haben, wo die Familien vielleicht in schwierigen Lebenssituationen sind. Für diese Schulen gibt es zusätzliche finanzielle Mittel. Im Stück stand, für die Grazer Schulen, die sich am Projekt beteiligen, sind insgesamt 735.116 Euro vorgesehen. Und das wirklich Innovative an dem Projekt ist, dass die Schulen auch selbst entscheiden können, wofür sie diese Mittel verwenden wollen, weil auch jeder Schulstandort etwas anderes braucht. An manchen Schulen sind es vielleicht zusätzliche Lehrkräfte oder Psycholog:innen, psychosoziale Unterstützung; an anderen Schulen ist es vielleicht eine Umgestaltung vom Garten, mehr Freizeitangebote für die Kinder und es hängt eben stark von der jeweiligen Schule ab, was dort gebraucht wird. Das Projekt wird auch von der Uni Wien wissenschaftlich begleitet und soll insgesamt neue Erkenntnisse

liefern, wie man eine gute Lernumgebung schaffen kann, wenn eben die Voraussetzungen im Hintergrund vielleicht nicht so gut sind. Ich denke, dieses Förderprogramm ist ein ganz wichtiger erster Schritt für mehr Bildungsgerechtigkeit in Österreich und in Graz. Und ich mache jetzt auch einen kleinen Vorgriff auf einen dringlichen Antrag, der heute auch noch von deiner Fraktion, von der ÖVP, kommen wird, wo ja auch Probleme im Bildungssystem angesprochen werden. Wir haben heute in der medialen Berichterstattung auch einen Mittelschuldirektor, der sagt, es gibt große Probleme, es gibt motivierte Lehrkräfte, die nicht mehr können. Also ich denke, wie soll ich sagen, die Ist-Analyse ist uns allen bewusst. Man muss aber fragen, was wirklich vernünftige Antworten auf dieses Problem sind. Und zum Beispiel den Zugang zu Sozialleistungen beschränken für Menschen, die es eh schon schwer haben, scheint mir keine sinnvolle Maßnahme zu sein, um Probleme an Schulen zu beheben, sondern eigentlich, und da sind wir wieder bei meiner eigentlichen Frage, ist genau dieses Förderprogramm, dass man sagt, Schulen, wo eben die Ausgangsbedingungen nicht optimal sind, müssen einfach besser unterstützt werden, damit eben diese Kinder vielleicht einen anderen Bildungsweg gehen können als ihre Eltern. Damit die Kinder mehr Chancen in ihrem Leben haben und vielleicht nicht auf die letzten sozialen Auffangnetze angewiesen sind. Ich glaube, das ist eben der Weg, auf den man gemeinsam im Bildungssystem gehen sollte. Ich komme zur eigentlichen

**Frage,**

es ist jetzt nicht so lange in Kraft, aber Laufzeit Oktober, und mich interessiert jetzt einfach, da die Förderung ja auch über das ABI abgewickelt wird, weil Berichte in Richtung Bund vorgelegt werden, was die ersten Erfahrungswerte sind. Gibt es bereits erste Erfahrungswerte bezüglich der Abholung dieser Mittel und was ist die Effektivität der gesetzten Maßnahmen? Danke (*Appl.*).

**Originaltext der Frage:**

*Im Oktober haben wir im Gemeinderat ein sehr erfreuliches Stück beschlossen: Auch 14 Grazer Pflichtschulen beteiligen sich am Förderprogramm „100 Schulen – 1.000 Chancen“. Mit dieser Bundesförderung bekommen Schulen, die aufgrund sozioökonomischer Faktoren besonderen Herausforderungen begegnen, zusätzliche finanzielle Mittel. Für die Grazer Schulen, die sich am Projekt beteiligen, sind insgesamt 735.116 € vorgesehen. Diese finanziellen Mittel können sowohl für (externe) Dienstleistungen wie zusätzliche Lehrkräfte und psychosoziale Unterstützung, als auch für Sachmittel und bauliche Maßnahmen wie neue Spielgeräte im Schulhof verwendet werden. Das Projekt wird von der Universität Wien wissenschaftlich begleitet und soll auch insgesamt aktuelle Erkenntnisse zu einer gelingenden Lernumgebung unter sozioökonomisch schwierigen Ausgangsbedingungen liefern.*

*Da die Förderung über das ABI abgewickelt wird und dem Bund auch regelmäßige Berichte zur Verwendung vorgelegt werden sollen, gibt es sicher einen regen Austausch mit den teilnehmenden Schulen. Deswegen richte ich folgende*

**Frage**

*an dich:*

*Gibt es bereits erste Erfahrungswerte bezüglich der Abholung der zusätzlichen Fördermittel im Programm „100 Schulen – 1.000“ Chancen und der Effektivität der gesetzten Maßnahmen?*

**StR Hohensinner:**

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Manuela. Ganz kurz zu dem, was du gesagt hast, Sozialausgaben, Leistungen einschränken, das ist es nicht. Als Sozialstadtrat habe ich dort, wo eine Hilfe zur Selbsthilfe sinnvoll war, habe ich das wirklich sehr ausgebaut, mit der Unterstützung vieler Fraktionen. In dem dringlichen Antrag geht es

darum, dass wir nicht überbordend ausbauen, ausweiten, dass wir viel mehr Sozialleistungen haben als andere Gemeinden. Das hat nämlich das Resultat, dass sehr viele Familien, die asylberechtigt sind, nach Graz ziehen. Und eine Integration ist dann aus meiner Sicht gut möglich, wenn die aufnehmende Bevölkerung nicht überfordert wird. Es kommt auf die Anzahl der Zuziehenden an. Und genau dieses Thema haben wir mit einem Mittelschuldirektor und mit einer Diplomkrankenschwester erörtert. Das ist, glaube ich, der Unterschied. Das wollte ich nur präzisieren. Aber, liebe Manuela, das wäre keine ordentliche Gemeinderatssitzung, wenn du mir keine Frage stellen würdest, und ich glaube, dass wir gerade, was die Bildung betrifft, da wirklich die gleichen Zielsetzungen haben. Und ich bin froh, dass die Bundesregierung hier zusätzliche Mittel bereitstellt. Im November hat unsere Bürgermeisterin auch den Vertrag unterzeichnet. Wir haben jetzt insgesamt 90 % des Investitionsbudgets bereits bekommen. Das Gesamtvolumen sind 730.000 Euro, 10 % werden noch weiter folgen, 230.000 Euro haben wir den Schulen direkt überwiesen. Diese Budgets können sie über die schulautonomen Mittel selbst einsetzen und eben der wesentlich größere Teil ist direkt an unsere ABL gegangen, damit man größere Investitionen tätigen kann, wie zum Beispiel die Pausenraumgestaltung, Gestaltung eines Lese- und Auszeitraums, die IT-Infrastruktur kann gestärkt werden. Oder zum Beispiel ein Sensorikraum, den wir auch in einigen Schulen jetzt schon integriert haben. Wir haben auch einen Bericht mit 23. März der Bildungsdirektion zu übermitteln, und ich werde auch die Bildungsdirektion ersuchen, dass wir diesen Bericht auch im Ausschuss dann präsentieren können. Wir schauen ja, dass wir diese Schulen, die die Mittel bekommen, nichts stigmatisieren. Das ist auch wichtig, dass das nicht irgendwo aufgelistet ist auf der Homepage. Aber wir werden das im Bildungsausschuss dann präsentieren (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Wutte:**

Super, vielen Dank. Also das hört sich ja schon einmal sehr positiv an und auch toll, dass jetzt 90 % von den Geldern abgeholt wurden. Mich interessiert jetzt nur, also

eben die Schulen sind nicht öffentlich bekannt, aber sie sind dem ABI, schätze ich, bekannt und auch dir und du bist ja wahrscheinlich auch in Kontakt mit den Direktor:innen und redest, gibt es einfach schon direkte Rückmeldungen jetzt von den Schulen, sind sie zufrieden mit dem, was da jetzt geboten wurde? Vielleicht kannst du das ein bisschen vorwegnehmen sozusagen (*Appl.*).

**StR Hohensinner:**

Ja, also auch mit dem Mittelschuldirekt habe ich darüber geredet, vorgestern. Und der ist jetzt persönlich nicht mit in diesen Mitteln konfrontiert, weil die Mittel in andere Schulen gehen, aber er ist auch der Chef oder der Vertreter aller Mittelschulen in Graz und der hat mir sehr positive Rückmeldungen gegeben. Also das ist natürlich sinnvoll. Und auch in Graz, wir diskutieren ja auch schon länger, wie wir die schulautonomen Mittel verteilen können und sollen. Und da haben wir, glaube ich, den gleichen Ansatz, dass wir die Mittel, die wir bisher haben, gleich verteilen und dass wir auch, da gibt es ja einen Beschluss über einen dringlichen Antrag, dass wir zusätzliche Mittel auch in die Hand nehmen, um Schulen, die eine besondere Unterstützung brauchen, auch seitens der Stadt Graz helfen können (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Hopper: (zur Geschäftsordnung)**

Geschätzter Stadtratsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen. Eigentlich sind es zwei, weil auf die Schnelle habe ich auch nicht herausfinden können, inwieweit eine Frage zur Geschäftsordnung die Zeit der Fragestunde verkürzt, und das ist nicht mein Hauptziel. Mein Hauptziel ist aktuell eine konkrete Frage zur Geschäftsordnung, und nämlich würde mich in dem Fall interessieren, inwieweit im Statut, und vielleicht können wir da eine Klarstellung haben, die Feststellung des Nichtbeantwortetseins einer gestellten Frage bereits eine Zusatzfrage konstituiert. Mir geht es jetzt nicht darum, dass wir arg diskutieren, sondern mir geht es darum, dass, wenn sich, und das weiß ich, das glaube ich zu wissen, von allen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten

hier sich jemand intensiv auf die Fragestunde auch vorbereitet, seine eigenen Initiativen vorbereitet und hier die Möglichkeit einer Zusatzfrage nicht bekommt, ob das alles sauber ist. Mir geht es da nur um eine Klarstellung. Und ich würde darum bitten, vielleicht können wir das ganz kurz verweisen, weil die Stelle habe ich in der Geschäftsordnung aktuell nicht gefunden. Und soweit ich das beurteilen kann, im aktuellen Fall hat der Herr Stefan Stücklschweiger, mein Kollege vom ÖVP-Gemeinderatsclub, eine Aussage getätigt, die, ich will das jetzt nicht grammatikalisch diskutieren, aber per se keine Frage war (*Appl.*).

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Bitte keine Sorge, diese Zeit, die wir jetzt nehmen, ersuche ich auch den Fragestellern nicht wegzunehmen, weil das wäre wirklich unfair und deswegen lege ich auch darauf Wert, ich habe auch am Beginn der Sitzung schon gesagt, dass ich eigentlich eine sehr tolerante Sitzungsführung habe, weil ich immer davon ausgehe, dass jeder selbst auch so wertschätzend auch gegenüber anderen Kollegen ist, dass er nicht zu viel Zeit stiehlt. Das ist nämlich nicht unwichtig, wir haben sehr viele Fragen, und das ist ja der Sinn und Zweck der Fragestunde, dass möglichst viele auch drankommen. Deshalb, und ich kann Ihnen sagen, es war die Praxis seit Jahrzehnten hier, Frage, Antwort, Frage, Antwort. Wenn jemand die zweite Frage nicht zu einer Frage formuliert, sondern ein ergänzendes Statement macht, dann hat das in der Vergangenheit auch niemand abgelehnt, und in der Regel hat auch der Stadtrat oder die Stadträtin auch darauf geantwortet. Aber eine dritte Frage ist dann nicht mehr möglich. Oder auch eine dritte Antwort nicht. Und man kann auch, und sollte auch kein Zwiegespräch führen. Das ist meine persönliche Meinung. Aber ich bitte auch den Herrn Dr. Schmalenberg, dass Sie vielleicht das auch, das ist eine ernst gestellte Frage, für alle hier noch einmal ganz konkretisieren, bitte.

Mag. Helmut **Schmalenberg: (Referatsleiter Verfassung und Vergaberecht)**

Sehr geehrte Damen und Herren. Es ist so, dass ein Fragesteller kein Recht hat auf eine Antwort eines bestimmten Inhaltes. Man könnte also auf so gut wie alles, was zumindest einigermaßen mit dem Thema zu tun hat, antworten. Unter Umständen auch: Es tut mir leid, ich kann die Frage im Moment aus diesen und jenen Gründen nicht beantworten. Wenn also ein Fragesteller mit der Antwort nicht zufrieden ist und dann, wenn ihm Gelegenheit gegeben wird, eine Zusatzfrage zu stellen, seine ursprüngliche Frage noch einmal wiederholt, dann würde ich meinen, dass das die Zusatzfrage ist und dass damit dann die Fragemöglichkeit ausgeschöpft ist (*Appl.*).

#### **6.7 Frage 7: Stille Stunde (GR Ulrich, KPÖ an StR Hohensinner, MBA, ÖVP)**

**GR Ulrich:**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher auf der Galerie und auch im Livestream, lieber Stadtrat, lieber Kurt. In der von mir eingebrachten Frage zur Stillen Einkaufsstunde beschäftigen wir uns heute mit dem Thema Autismus. Gerade die Stille Einkaufsstunde wäre in der Hinsicht ein Fortschritt, weil gerade die Reizüberflutung eines der wichtigsten im Zusammenhang mit der Autismus-Spektrum-Störung darstellt. Im privaten Bereich können diese Reizüberflutungen nämlich begrenzt werden, vor allem durch viel Routine bei den betroffenen Menschen. Im öffentlichen Raum ist das schon allerdings schwieriger. Gerade der Einkauf im Supermarkt kann nämlich für Autist:innen eine große Herausforderung darstellen. Und machen wir uns nichts vor, nicht nur die Autist:innen, weil wer schon einmal an einem Samstagvormittag groß einkaufen war, weiß, wovon ich rede. Helle Lichter, grelle Werbebanner, Werbejingles, dichtes Gedränge an den Kassen. Und deshalb haben erste europäische Länder da bereits reagiert und diese Stille Einkaufsstunde für Menschen mit Autismus-Spektrum-Störung initiiert.

Ausgehend von Irland und der Schweiz haben jetzt die ersten deutschen Städte nachgezogen und an einem Tag in der Woche können Autistinnen und Autisten in so einer sogenannten Stillen Einkaufsstunde einkaufen. Das heißt, bei gedämpftem Licht, ohne Werbebanner, ohne Werbejingles, mit möglichst wenig Reiz-Überflutungen. Auch die Expertinnen und Experten des Libelle-Autismuszentrums in Graz unterstützen diesen Vorschlag. Und deshalb

**frage**

ich dich, lieber Kurt:

Bist du als zuständiger Stadtrat für Inklusion dazu bereit, Kontakt mit ansässigen Nahversorgern aufzunehmen, um eine Stille Einkaufsstunde für Menschen mit Autismus auch im Graz zu ermöglichen (*Appl.*)?

**Originaltext der Frage:**

*das Thema Reizüberflutung ist eines der wichtigsten im Zusammenhang mit Autismus. Viele Betroffene versuchen deshalb in ihrem persönlichen Tagesablauf, diese so gering wie möglich zu halten. Was im eigenen Umfeld meistens ganz gut gelingt, ist auf Grund der mangelnden Mitgestaltungsmöglichkeiten in öffentlichen Räumen beziehungsweise Konsumräumen allerdings ein Problem. Vor allem der Einkauf im Supermarkt stellt für viele Autistinnen und Autisten eine immense Herausforderung dar.*

*Vom Ankommen am Parkplatz bei den vielen Autos geht es nach den elektronischen Eingangstüren weiter in die ersten Gänge des Geschäfts. Dort erwarten sie eine Vielzahl an verschiedenen Gerüchen und grelle beziehungsweise wechselnde Farben auf Werbebanner. Begleitet wird der Einkauf von ständigen Werbejingles, Piepsen der Kassen und zahlreichen Gesprächen der Kund:innen. Das Anstehen an der Kassa, mit mehr oder weniger diskreten Abständen rundet das nicht vorhandene Einkaufsvergnügen für viele Autist:innen dann endgültig ab.*

*Natürlich lassen sich nicht alle dieser Sinneseinflüsse gänzlich abstellen, aber die ersten europäischen Städte haben bereits Modelle erstellt, um Autistinnen und Autisten den Einkauf so angenehm wie möglich zu gestalten. 2018 in der Schweiz entwickelt und 2020 in Irland übernommen, haben im Frühjahr 2022 auch die ersten beiden deutschen Städte, Bergisch-Gladbach und Hannover, die sogenannte „Stille Stunde“ in Filialen des Rewe Konzerns eingeführt. An einem festgelegten Wochentag ist für zwei Stunden der Einkauf ohne Deckenbeleuchtung, Musik und Durchsagen speziell für Autist:innen möglich. Natürlich können davon auch andere Menschen profitieren, die aufgrund der täglichen Belastungen ein besonderes Ruhebedürfnis beim Einkaufen verspüren. Da dieses Konzept des „stressfreien Einkaufens“ immer häufiger ausprobiert wird, es ein wichtiges Zeichen ist und von den Betroffenen ebenso gut angenommen wird, sollte auch Graz, als Stadt der Menschenrechte und Zugpferd im Bereich der Inklusion, hier aufspringen.*

*Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich an Sie folgende*

**Frage:**

*Sind Sie als zuständiger Stadtrat für Inklusion dazu bereit, Kontakt mit ansässigen Nahversorgern aufzunehmen, um eine „Stille Einkaufsstunde“ für Menschen mit Autismus in Graz zu ermöglichen?*

**StR Hohensinner:**

Lieber Gemeinderat, lieber Phillip. Ja, ich bin gerne bereit. Also ich kann das auch persönlich nachvollziehen, wenn ich mit meinen Kindern in ein Einkaufszentrum gehe, auch ich bin danach ziemlich streichfähig. Also die Reizüberflutung, die nimmt ziemlich jeden mit, und wie wahrscheinlich viele hier im Gemeinderat wissen, war ich selbst in dem Bereich tätig und habe mit vielen Menschen mit autistischen Zügen gearbeitet und da weiß ich, dass da so eine Stille Stunde in Einkaufszentren oder in einem

Geschäft eine gute Möglichkeit wäre. Deswegen werde ich mit den größeren Anbietern, mit SPAR, mit der REWE-Gruppe Kontakt aufnehmen und dann schauen wir, dass wir sowas einmal als Pilotprojekt etablieren. Und vielleicht gibt es dann auch Folgewirkung, das wäre wünschenswert. Also ich werde es gerne angehen. Möchte an dieser Stelle auch berichten, dass wir die Inklusionsstrategie jetzt auch in Angriff genommen haben. Wir haben vergangenen Montag mit dem Zentrum für Sozialwirtschaft den Kick-Off gehabt. Sozusagen die Idee ist, dass wir eine Strategie zusammenbringen mit einer klaren Vision, dass alle Abteilungen, alle Referate der Stadt Graz unsere Haltung mitbekommen, welche Ziele wir verfolgen in der Inklusion, welche Vision und dass wir dann auch einen konkreten Umsetzungsplan für die unterschiedlichen Ressorts haben. Der Michi Ehmman hat es ja mit der Martina Schröck gemeinsam gemacht, da hat es auch einmal einen Maßnahmenkatalog gegeben für die einzelnen Abteilungen und wir wollen eine richtige Strategie auf die Beine stellen, und wir werden in den nächsten Schritten Selbstvertreterinnen und Selbstvertreter auch mitnehmen. Das ist mir ganz wichtig, dass die eben uns sagen, was für sie dann eine inklusive Stadt ist. Wie können wir ihren Zielsetzungen gerecht werden? Und natürlich werden wir auch die Vertreterinnen und Vertreter aller Fraktionen mit an Bord holen sozusagen. Also ich glaube, da könnte uns was Großes gelingen (*Appl.*).

**GR Ulrich:**

Eine Zusatzfrage habe ich dahingehend nicht. Es freut mich, dass wir auch 2023 vorhaben, auf der Überholspur zu sein beim Thema Inklusion. Und ja, arbeiten wir zusammen, meine Unterstützung hast du. Danke (*Appl.*).

**6.8 Frage 8: Park-&-Ride-Anlage in Graz Murpark – weitere Vorgangsweise (GR DI Topf, ÖVP an Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner, Grüne)**

**GR DI Topf:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung und des Gemeinderates, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer im Livestream und auf der Galerie. In meiner Frage geht es um die Park-&-Ride-Anlage in Murpark, wie die weitere Vorgangsweise hier geplant wäre. Ich komme zum Motivenbericht. Die Park-&-Ride-Anlage in Murpark mit dem gleichzeitigen Angebot, und das ist ja wesentlich, einer günstigen ÖV-Verbindung, wir wissen, dass der 4er dort sehr gut angenommen wird, ist für alle, die dort vom Auto auf das öffentliche Verkehrsmittel umsteigen, ein richtungsweisendes Konzept, um die Stadt Graz vor weiterer Verkehrsüberlastung, -belastung und damit auch Luftbelastung zu schützen. Gerade die Linienführung des 4ers bietet derzeit eine sehr gute Möglichkeit, aus dem Osten kommend, sozusagen vom Murpark kommend, in den Westen, ich denke da an die Fachhochschule in Reininghaus, so über ein schienengebundenes ÖV-Mittel sehr gut anzusteuern oder zu erreichen. Nachdem die derzeitige Park-&-Ride-Anlage Murpark bereits ausgelastet ist, bestand bislang der politische Konsens, dass die wichtige Anlage erweitert wird und zwar um in etwa 500 Stellplätze. Aus diesem Grund hat die Stadt Graz weitblickend den, auch mit Zustimmung der KPÖ, mehrheitlichen Beschluss gefasst, für den Ausbau weitere Grundstücke anzukaufen. Ich habe da in dieser Fragestellung auch den Bericht an den Gemeinderat vom 8.7.2021 entsprechend zitiert. Nunmehr hat die Regierungskoalition offenbar beschlossen, dieses Projekt einzustellen, hoffentlich nicht, und bereits budgetierte Mittel für andere Projekte umzuleiten. Mit Bericht von 22.9.2022 wurde von der bestehenden Projektgenehmigung der Höhe von 4,905 Millionen Euro ein Betrag in Höhe von 450.000 Euro als Budgetvorsorge für den Schloßberg und die Ruine Gösting umgeschichtet. Im Sinne der Bewohnerinnen und Bewohner von Graz, aber auch insbesondere im Sinne der betroffenen Pendlerinnen und Pendler, ist diese Maßnahme durchaus zu diskutieren, ich möchte fast sagen, zweifelhaft. Ich füge noch

hinzu, das habe ich jetzt erst kurz recherchieren können, dass es einen mehrheitlich angenommenen Antrag auch in der 7. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte der Steiermark am 10. November des Vorjahres gibt, wo sozusagen mehrheitlich mit der Fraktion ÖAB, FCG und natürlich auch mit der Fraktion der Sozialistischen Gewerkschafter eine Petition oder eine Forderung an die Stadtregierung gestellt wurde, den geplanten Ausbau der Park-&-Ride-Anlage auch umzusetzen. Daher die Frage an dich, Frau Vizebürgermeisterin, bist du bereit, oder wie sehen deine weiteren Pläne beziehungsweise Schritte aus bezüglich des Ausbaus, des geplanten und auch schon budgetierten Ausbaus, der Park-&-Ride-Anlage im Murpark aus (*Appl.*)?

***Originaltext der Frage:***

*Die Park-&-Ride-Anlage in Graz Murpark – mit dem gleichzeitigen Angebot einer günstigen ÖV-Anbindung – ist für alle, die von dort vom Auto auf das öffentliche Verkehrsmittel umsteigen, ein richtungsweisendes Konzept, um die Stadt Graz vor weiterer Verkehrsüberlastung zu schützen.*

*Nachdem die derzeitige Park-&-Ride-Anlage im Murpark bereits ausgelastet ist, bestand bislang der politische Konsens, dass diese wichtige Anlage erweitert wird, und zwar um 500 Stellplätze. Aus diesem Grund hat die Stadt Graz weitblickend den – auch mit Zustimmung der KPÖ – mehrheitlichen Beschluss gefasst, für den Ausbau weitere Grundstücke anzukaufen (Bericht an den Gemeinderat vom 8.7.2021, GZ: A8-2796/2021-47, A-8/4-091455/2018).*

*Nunmehr hat die Regierungskoalition offenbar beschlossen, dieses Projekt einzustellen und bereits budgetierte Mittel für andere Projekte umzuleiten. Mit Bericht vom 22.9.2022, GZ A8-141816/2021-139, wurde von der bestehenden Projektgenehmigung in der Höhe von € 4.905.000,00 ein Betrag in Höhe von € 450.000,00 als Budgetvorsorge für den Schlossberg und die Ruine Gösting umgeschichtet.*

*Im Sinne der Bewohnerinnen und Bewohner von Graz, aber auch im Sinne der betroffenen Pendlerinnen und Pendler, ist diese Maßnahme höchst zweifelhaft.*

*Aus den dargestellten Gründen stelle ich an dich, sehr geehrte Frau  
Bürgermeisterstellvertreterin Mag.<sup>a</sup> Judith Schwentner, die*

**Frage:**

*Wie sehen deine weiteren Pläne beziehungsweise Schritte bezüglich des Ausbaus der  
Park-&-Ride-Anlage Graz Murpark aus?*

Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner:**

Ja, danke, lieber Gemeinderat für die Frage, für die berechtigte Frage. Wir arbeiten gerade, und das ist in dem Gesamtkontext zu sehen, am Mobilitätsplan 2040, wir haben schon einmal kurz berichtet im Ausschuss, und die Arbeiten daran beginnen intensiver, weil die aktuelle Mobilitätstrategie ja aus dem Jahr 2015 ist und veraltet ist, auch in Bezug auf sehr viele Gemeinderatsbeschlüsse. Zuletzt möchte ich nur erwähnen, den für mich sehr wichtigen, der den Paradigmenwechsel anbelangt, dass wir sagen, wir setzen auf die Klimaziele, auf die Berücksichtigung aller Verkehrsarten, auf die aktive Mobilität, also Fußgänger:innen, Radfahrer:innen, öffentliche Verkehr und motorisierte Individualverkehr, das haben wir ja auch gemeinsam hier beschlossen. Dieser Mobilitätsplan ist in Ausarbeitung, wie gesagt, in Bezug auf die umfassende Berücksichtigung der Dimension des Verkehrs. Was die konkrete Park-&-Ride-Anlage anbelangt, so gibt es tatsächlich den Beschluss vom Juli 2021 im Gemeinderat. Der ist mit Stimmen aller Parteien beschlossen, soweit ich mich erinnere, außer der Grünen. Wir hatten damals schon Bedenken in Bezug auf die Zusagen der zusätzlichen Attraktivierung des sehr stadtnahen Anziehungspunktes für den MIV, und deswegen wollen wir das gemeinsam sozusagen in einem Mobilitätskonzept prüfen. Wir erarbeiten und wollen in Kooperation mit dem Land

Steiermark, da sind wir in Austausch mit dem Landesrat Lang, eine Park-&-Ride-Strategie beginnen und das muss sozusagen in dem Gesamtkontext auch betrachtet werden. Zusätzlich, es spricht natürlich einiges dafür, weil das ja sozusagen angenommen wird, du hast das ja erwähnt, es spricht aber aus Klimaschutzgründen und verkehrsplanerischen Gründen auch einiges dagegen. Das sollte im Gesamtkontext bewertet werden, natürlich auch im Rahmen der Budgetmöglichkeiten dann auch priorisiert werden. Es gibt vielleicht dringlichere Maßnahmen, oder vielleicht nicht dringlichere, das ist da noch einer politischen Diskussion oder einer budgetären Diskussion zu unterziehen. Also das ist ein Prozess, der jetzt läuft (*Appl.*).

**GR DI Topf:**

Ich habe die Frage deshalb heute gestellt, weil ja gerade die aktuelle Hüsler-Studie, sozusagen der Endbericht, jetzt kurz uns zur Kenntnisnahme gebracht wurde und auch wieder diskutiert und vorgestellt wird. Und gerade in diesem Bericht wird ganz besonders auf Park-&-Ride-Anlagen hingewiesen, die notwendigerweise auch ausgebaut und umgebaut und erweitert werden sollten. Deshalb sozusagen, wenn wir schon ein Endpapier haben, habe ich natürlich jetzt daran gedacht, also diese Park-&-Ride-Anlage Murpark auszubauen. Und deshalb stelle ich die Zusatzfrage: Bist du bereit, Sorge dafür zu tragen, dass diese vorgesehenen Budgetmittel nicht weiter für anders gelagerten Maßnahmen verwendet werden, sondern dass tatsächlich der Betrag, der jetzt zwar etwas gekürzt wurde, tatsächlich für diesen Ausbau der Park-&-Ride-Anlage Murpark, die ja, wie gesagt, auch in dieser Studie durchaus als positiv angesehen wurde, dass man die Mittel weiter bereitstellen kann (*Appl.*)?

**Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner:**

Also, wie gesagt, ich sehe das im Gesamtkontext der budgetären Verhandlungen. Wir werden sozusagen einen begrenzten Betrag zur Verfügung haben, was Investitionen anbelangt, und deswegen würde ich das gerne in einem Mobilitätskonzept und einer

Strategie verankert sehen, wo ich dann weiß, wo macht es Sinn, Autos am Stadtrand abzufangen und weiterzuleiten über den öffentlichen Verkehr, wo macht es Sinn, in Park & Ride zu investieren und wo eventuell in andere Maßnahmen? Ich würde das gerne in einen Gesamtkontext stellen und dann bewerten. Aber wie gesagt, ich weiß, die Hüsler-Studie ist ein guter Anlass, das weiter zu diskutieren und in dem Kontext können wir gerne weiter reden darüber (*Appl.*).

***Ende Fragestunde: 14.24 Uhr***